

PRESSEMITTEILUNG ZUM KONGRESS ARMUT UND GESUNDHEIT 2017

15. März 2017

Gesundheit solidarisch gestalten

Seit mittlerweile 22 Jahren thematisiert der Kongress Armut und Gesundheit, der am 16. und 17. März in Berlin stattfindet, beharrlich den Zusammenhang zwischen Gesundheit und sozialer Lage. Zu Recht, denn von einer Verringerung dieses Zusammenhangs kann keine Rede sein. Zwar steigt die Lebenserwartung in Deutschland, aber auch die sozialen Unterschiede in der Gesundheit nehmen zu. PD Dr. Thomas Lampert vom Robert Koch-Institut konkretisiert: *„Männer und Frauen mit einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikogrenze haben im Vergleich zu den hohen Einkommensbezieher*innen eine um 11 bzw. 8 Jahre geringere mittlere Lebenserwartung bei Geburt. Das Risiko für chronische Krankheiten wie Herzinfarkt, Schlaganfall, Diabetes und chronische Bronchitis ist in den sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen 2- bis 3-fach erhöht.“* Doch nicht nur das. Betrachtet man die zeitlichen Entwicklungen, so lassen sich *„keine Anhaltspunkte dafür finden, dass sich die sozialen Unterschiede in der Gesundheit und Lebenserwartung verringert haben könnten. Im Gegenteil muss in einigen Bereichen von einer Ausweitung der Unterschiede ausgegangen werden“*, so Lampert.

Besonders ungünstig wirkt sich durch Armut erfahrene Benachteiligung dabei auf Kinder aus. *„Auf ganz unterschiedlichen Ebenen sorgt Armut für einen ungünstigen Start ins Leben und belastet Eltern und ihre Kinder enorm“*, so Susanna Rinne-Wolf, erste Vorsitzende des Berliner Hebammenverbandes. *„In einer Zeit, die von Vorfreude, Zukunftsplänen und Verlieben in das neue Familienmitglied geprägt sein sollte, erleben von Armut betroffene Eltern handfeste Existenzängste, große Hürden in der Inanspruchnahme von Hilfen und nicht selten soziale Isolation. Diese Benachteiligung setzt sich häufig im späteren Leben fort und schlägt sich unter anderem im Bildungsbereich deutlich nieder.“*

Dass insbesondere Kinder aus dem Raster fallen, erlebt auch der Mediziner Dr. Uwe Denker. Er gründete im Jahr 2010 die erste Praxis ohne Grenzen in Deutschland. *„Ziel des eingetragenen gemeinnützigen Vereins ist es, nicht oder nicht ausreichend krankenversicherte Menschen jeder Nationalität ohne Diskriminierung kostenlos medizinisch zu beraten und zu behandeln und ihnen, wenn möglich, den Weg in eine Krankenversicherung zu weisen“*, so Denker. Die Menschen, die seiner Unterstützung bedürfen, kommen nicht selten aus der Mittelschicht. Es sind zum Beispiel Selbständige, die sich ihre private Krankenversicherung nicht mehr leisten können. Dabei falle seit einigen Jahren auf, so Denker, *„dass Kinder und Jugendliche ohne Krankenversicherung ärztlich beraten und versorgt werden müssen. Es handelt sich meist um Kinder und Jugendliche aus Familien, in denen keines der Familienangehörigen krankenversichert ist.“* Denker fordert deshalb eine allgemeine, beitragsfreie Krankenversicherung für alle in Deutschland lebenden Kinder bis 18 Jahren.

Boris Velter (SPD), Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung in Berlin, formuliert: *„Eine sozial gerechte Gesundheitspolitik muss sich daran messen lassen, ob es ihr gelingt, das Menschenrecht Gesundheit zu verwirklichen. Alle müssen, unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht oder sozialer Lage, Zugang zur Gesundheitsversorgung haben.“*

Auf dem diesjährigen Kongress Armut und Gesundheit steht das Thema Solidarität im Mittelpunkt der Diskussionen. Zwar wird dem deutschen Gesundheitswesen eine starke Verankerung solidarischer Elemente attestiert, doch nimmt die Ausrichtung an wettbewerblichen Handlungsmustern zu. Auch steht zunehmend die Eigenverantwortung der Versicherten im Vordergrund – das Individuum ist verantwortlich für seine Gesundheit – obwohl nachweislich viele Faktoren außerhalb des individuellen Kontrollbereiches liegen.

„Das Präventionsgesetz wurde 2015 mit dem Ziel verabschiedet, einen Beitrag zur Verminderung sozial bedingter Ungleichheit von Gesundheitschancen zu leisten“, so Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes und von Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V. Dass das Gesetz dabei den Schwerpunkt der Interventionen nicht beim Individuum (Verhaltensprävention), sondern in den Lebenswelten verortet, ist unbedingt begrüßenswert. Allerdings erfolgt die Umsetzung Rosenbrock zufolge „derzeit schleppend und weist absehbar substanzielle Schwachstellen auf“. Werden diese nicht reguliert, so wird dies dazu führen, „dass das Präventionsgesetz – trotz der Verdreifachung der Ressourcen für Lebenswelt-Interventionen – nur einen Bruchteil seiner möglichen Wirkung erreicht.“ Dies sei, so Rosenbrock weiter, umso fataler, als dass durch das Gesetz ohnehin nur ein Teil der sozial bedingten Ungleichheit wirksam ausgeglichen werden könne. Er verweist auf den diesjährigen Eröffnungsredner des Kongresses: „Wie der international renommierte Sozialepidemiologe Richard Wilkinson auch auf diesem Kongress betont, ist nicht nur die individuelle Position auf der sozialen Stufenleiter für die Gesundheitschancen entscheidend, sondern auch die Länge dieser Leiter, also die Einkommensspreizung.“ Alles deutet darauf hin, dass der Abbau von Ungleichheiten der beste Weg zur Verbesserung der Lebensqualität aller ist.

Dass die Verbesserung gesundheitlicher Chancengleichheit als gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe zu verstehen ist, formuliert auch Boris Velter: *„Solange das Problem nicht als eines erkannt wird, das die gesamte Gesellschaft angeht, wird Gesundheitspolitik oft nur Reparatur bleiben. Die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ist nur durch eine Verknüpfung von Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik möglich.“*

Auf dem Kongress Armut und Gesundheit finden sich am 16. und 17. März 2017 Vertreterinnen und Vertreter aus Praxis, Politik und Wissenschaft an der Technischen Universität Berlin zusammen, um gemeinsam zu diskutieren, wie eine solche ressortübergreifende Zusammenarbeit gelingen kann.

Kontakt für Rückfragen:

Marion Amler
Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V.
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Friedrichstr. 231
10969 Berlin
Fon: 030 – 44 31 90 72
E-Mail: amler@gesundheitbb.de
Web: www.gesundheitbb.de

Der Kongress Armut und Gesundheit als größte bundesweite Public Health-Veranstaltung thematisiert seit 1995 den Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Gesundheit. Mehr als 2.000 Teilnehmende werden zum diesjährigen Kongress Armut und Gesundheit erwartet, der am 16. und 17. März 2017 an der Technischen Universität Berlin stattfindet und insgesamt 121 Veranstaltungen zu den unterschiedlichsten Themen anbietet. Ausgerichtet wird er von Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V. in Kooperation mit der Technischen Universität Berlin und der Deutschen Gesellschaft für Public Health (DGPH). Näheres unter www.armut-und-gesundheit.de.